

Reljić, Dušan

Research Report

Serbien ohne Dindic: Der Fortbestand der Regierungskoalition DOS ist zweifelhaft

SWP-Aktuell, No. 13/2003

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reljić, Dušan (2003) : Serbien ohne Dindic: Der Fortbestand der Regierungskoalition DOS ist zweifelhaft, SWP-Aktuell, No. 13/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254425>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Serbien ohne Đinđić

Der Fortbestand der Regierungskoalition DOS ist zweifelhaft

Dušan Reljić

Zum Nachfolger des ermordeten serbischen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić ist am 18. März der bisherige Bundesinnenminister Zoran Živković (42) gewählt worden, ein enger Mitstreiter Đinđićs. Der neue Premier hat in seinen ersten Äußerungen vorgezogene Neuwahlen ausgeschlossen und die Absicht bekundet, bis zum nächsten regulären Wahltermin Ende 2004 die Regierung anzuführen. Er will den Ausnahmezustand, der nach dem Mordanschlag auf Đinđić am 12. März verhängt wurde, zumindest bis Ende April beibehalten. Allerdings erscheint fraglich, ob die Regierungskoalition DOS ihren Zusammenhalt bewahren und ob Živković die Durchsetzungskraft aufbringen kann, die nötig ist, um das Land aus der aktuellen Krise zu führen. Will der Westen einer weiteren Destabilisierung Serbiens und der Region vorbeugen, muß er Belgrad vor allem finanziell unter die Arme greifen. Gleichzeitig sollte er darauf drängen, daß die labilen demokratischen politischen Institutionen zügig gefestigt werden.

Živković wurde vom serbischen Parlament mit einer knappen Mehrheit gewählt: Für ihn stimmten 128 der 231 anwesenden Abgeordneten (von insgesamt 250), 100 gegen ihn, 3 enthielten sich der Stimme. Vor allem während der NATO-Bombardierung 1999 hat der studierte Betriebswirt als Bürgermeister von Niš, der zweitgrößten serbischen Stadt, einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht. Jüngere Meinungsumfragen zeigen, daß Živković vor seinem Amtsantritt bei den Wählern keine nennenswerte Unterstützung besaß.

In den ersten zehn Tagen des Ausnahmezustands wurden nach Regierungsangaben mehr als 3600 Personen festgenommen, die der Mitgliedschaft in organisierten Ver-

brecherbanden verdächtigt werden. Etwa 1000 Verdächtige wurden inhaftiert, gegen 400 wurde Strafanzeige erstattet. Das Vorgehen der Regierung wurde zunächst von der Bevölkerung begrüßt. Die Stimmung könnte jedoch umschlagen, wenn die Maßnahmen gegen die kriminellen Clans nicht in kurzer Zeit Erfolge bringen und die Drahtzieher des Mordes an Đinđić nicht gefaßt werden. Sollte der Ausnahmezustand andauern, könnte die Bevölkerung die Sondervollmachten der Behörden zusehends als Mittel zur Machtsicherung der nach dem Tode Đinđićs schwer angeschlagenen Regierungskoalition DOS (*Demokratska opozicija Srbije*) bewerten. Vor allem die Einschränkungen der Bürger-

rechte – zum Beispiel die Forderung an die Medien, nichtamtliche Stimmen zu zensurieren, die sich zum Ausnahmezustand äußern – sind von Anfang an auf Widerstand gestoßen. Die Wirtschaftsreformer im Regierungslager haben sich für eine möglichst schnelle Aufhebung des Ausnahmezustands ausgesprochen, weil sie eine weitere Verschlechterung des Investitionsklimas befürchten.

Živković hat ein äußerst schwieriges Erbe übernommen. Vor allem der Wunsch, an der Macht zu bleiben, hält die von ihm geführte Regierungskoalition aus 17 Parteien zusammen. Wichtige politische Institutionen sind beschädigt, Positionen unbesetzt. So hat das Land seit Dezember 2002 keinen gewählten Präsidenten mehr (im letzten Herbst scheiterten die Wahlen an politischen Querelen zwischen den demokratischen Parteien), und die antiquierte Verfassung stammt noch aus der Zeit von Slobodan Milošević. Anfang 2003 ist das Staatenbündnis mit Montenegro entstanden, das wichtige neue Institutionen wie den Ministerrat hervorgebracht hat, die fünfköpfige »Bundesregierung«. Die beiden Teilrepubliken sind jedoch mit den notwendigen begleitenden gesetzlichen Anpassungen in Verzug. Zudem ist nicht absehbar, ob und wie die neue Entität, ein weltweit einzigartiges Experiment, funktioniert (so haben die beiden Teilstaaten verschiedene Währungen, Zoll- und andere Systeme).

Dindić wurde auf dem Höhepunkt seiner Macht getötet. Er hatte es verstanden, sowohl die demokratisch-konservativen wie auch die pro-europäischen Kräfte in der serbischen Gesellschaft an sich zu binden. Das gefährliche Vakuum, das er hinterläßt, ist allerdings auch Folge der bedenklichen Machtfülle, die er seit der demokratischen Wende im Oktober 2000 in kurzer Zeit angehäuft hat, oft auf Kosten demokratischer Prozeduren und Institutionen, vor allem des Parlaments.

In Serbien lassen sich gegenwärtig drei politische Hauptströmungen unterscheiden: eine konservativ-nationalistische,

eine demokratisch-konservative und eine pro-europäisch liberal-demokratische. Wenn die begonnenen Reformen gelingen sollen, müssen die letztgenannten beiden Lager in den bevorstehenden fünf bis zehn Jahren zusammenarbeiten – so der junge Finanzminister Božidar Đelić, führender Wirtschaftsreformer und populärster Regierungspolitiker. Viele politische Beobachter fragen sich jedoch, ob die politische Klasse in Belgrad so viel Vernunft aufbringen wird, dieser einfachen Einsicht gemäß zu handeln. Welche Politiker kommen überhaupt für die Aufgabe in Betracht, die zwei demokratischen Strömungen in Serbien auf Kompromißkurs zu bringen und zu halten?

Đindić ohne natürlichen Nachfolger

Trotz der Zersplitterung der demokratischen Kräfte ist die Gefahr einer Wiederkehr konservativ-nationalistischer Politik eher gering. Die zwei führenden Vertreter dieser Politik, der ehemalige Staatschef Slobodan Milošević und der extremistische Nationalist Vojislav Šešelj, stehen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Zur Zeit ist auch kein ernstzunehmender Politiker in Serbien auszumachen, der Anstalten machen könnte, eine allen Anzeichen nach verbrauchte politische Option wiederzubeleben.

Auf der anderen Seite gibt es in der regierenden Koalition DOS weit und breit niemanden, der Đindićs überragende Position einnehmen könnte. Alle Meinungsumfragen belegen, daß keine einzige der 17 Parteien des DOS-Bündnisses, mit Ausnahme der DS, bei vorgezogenen Wahlen mit zweistelligen Ergebnissen rechnen könnte. Und selbst die Zustimmung zur DS – sie lag Anfang des Jahres bei etwa zwölf Prozent – hat nachgelassen, seit im letzten Dezember aus dem Expertengremium »G17 Plus« die gleichnamige Partei entstand. An ihrer Spitze stehen als führende Wirtschaftsreformer der ehemalige Bundesvizepremier Milan Labus und Zentralbankchef Mladen Dinkić. Zweifel an der Fähigkeit der vielen kleinen, zersplitterten und untereinander

verfeindeten Oppositionsparteien, eine überzeugende Alternative zum alten Regime zu präsentieren, waren es vor allem, die 1999 eine Gruppe von zunächst 17 Universitätsprofessoren und anderen angesehenen Experten insbesondere aus der Wirtschafts- und Finanzwelt bewog, politisch einzugreifen. Als neue Partei zog »G17 Plus«, die für eine pro-europäische und liberale Politik steht, Anfang 2003 auf Anhieb in Umfragen mit der DS gleich. Die Bevölkerung, so Erhebungen, hält diese Partei vor allem ökonomisch für kompetent, traut ihr jedoch weniger zu, wichtige »nationale« Fragen zu lösen, wie die Zukunft der Provinz Kosovo.

Nach jüngsten Erhebungen erhalten nur vier politische Parteien mehr als zehn Prozent Zustimmung in der Bevölkerung: Koštunicas demokratisch-konservative DSS, Đinđićs DS, Šešeljs SRS und »G17 Plus«. Keine dieser Parteien könnte mehr als zwanzig Prozent erreichen. Etwa ein Viertel der Befragten bezeichnen den ehemaligen Bundespräsidenten Koštunica als ihren Lieblingspolitiker. Er hat die Verhängung des Ausnahmezustands scharf kritisiert und die Bildung einer »Konzentrationsregierung« unter Beteiligung aller Parlamentsparteien vorgeschlagen. Auf dieses Angebot will sich die derzeit regierende Koalition nicht einlassen, denn Koštunicas DSS würde, unter Verweis auf ihre Stärke im Parlament, die führende Position beanspruchen. Koštunica sieht den Augenblick gekommen, wieder eine prominente politische Rolle zu spielen, nachdem er durch die Umwandlung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatenunion »Serbien und Montenegro« im März 2003 sein Amt als Bundespräsident verloren hat. Um seine noch immer vorhandene Popularität endlich auch in politische Macht umzumünzen, drängt er auf vorgezogene Neuwahlen.

Nicht wenige Analytiker vermuten, daß sich eine Zweckehe zwischen Koštunica und der neuen Partei »G17 Plus« anbahnt. Koštunica hat seine Ansprüche auf das serbische Präsidentenamt, das er im letzten

Herbst in drei Wahlgängen relativ knapp verfehlte, nie aufgegeben. Aber auch der Zentralbankchef Dinkić würde sich zweifellos gerne als neuer Regierungschef sehen. Dinkić gilt zumindest als genauso tatkräftiger Machtmensch, wie es Đinđić gewesen ist. Das Belgrader Nachrichtenmagazin *Vreme* kürte ihn unlängst zur »Persönlichkeit des Jahres 2002«.

Ohne Neuwahlen aber wird eine Neugestaltung der politischen Szene und ein Regierungswechsel nicht möglich sein. Die Regierungskoalition wird mit allen Kräften gegen Neuwahlen agieren, da sie den Machtverlust befürchten muß. Folgerichtig wird das Festhalten am Ausnahmezustand von vielen als Versuch gesehen, den Machterhalt der DOS zumindest vorläufig zu sichern. Dabei ist der Ausnahmezustand nicht zuletzt insofern problematisch, als er mit Polizei und Armee ausgerechnet jenen Organen weitgehende Befugnisse verleiht, aus denen die kriminellen Strukturen hervorgegangen sind, die auch hinter der Ermordung von Đinđić stehen.

Đinđić hat für die größte Fehlleistung der Regierung Serbiens seit dem Sturz Miloševićs mit seinem Leben bezahlt: Sie hat es unterlassen, die Symbiose zwischen den staatlichen Sicherheitsdiensten und der organisierten Kriminalität, zwischen vielen korrupten Politikern in fast allen Parteien und den von Kriegsprofiteuren zur neuen wirtschaftlichen Elite aufgestiegenen Geschäftsmännern zu zerstören.*

Vor diesem Hintergrund sind die Beteuerungen der stellvertretenden Regierungschefs Žarko Korać und Nebojša Čović, die »neuen Leute« in Polizei und Staatssicherheit seien entschlossen, »bis zum Ende zu gehen«, vor allem als Zweckoptimismus zu verstehen. Ob, wie Korać meint, die reformorientierte Politik trotz des Todes von Đinđić »unumkehrbar« ist, erscheint jedenfalls zweifelhaft. Korać begründet den Ausnahmezustand mit der Tatsache, daß der Staat unter normalen Bedingungen nicht in der Lage wäre, mit den kriminellen Strukturen in Staatssicherheit und anderen Sicherheitsorganen fertigzuwerden.

* Zur Verquickung zwischen den staatlichen Sicherheitsdiensten und der organisierten Kriminalität in Serbien: www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/serbERMORD1.htm

Was kann der Westen tun?

Ob der Rechtsstaat nach dem Tod des Ministerpräsidenten schließlich doch noch über die angeschlagene Geheim- und Unterwelt obsiegen wird, hängt auch vom Westen ab: Eine wirtschaftliche und politische Abwendung vom Westbalkan würde die brüchigen demokratischen Strukturen dort weiter schwächen.

Vermieden werden sollte:

- ▶ Eine Abkehr von der Forderung, daß Belgrad alle vom internationalen Kriegsverbrechertribunal angeklagten Personen ausliefert. Für die Nachfolger von Đinđić ist entsprechender internationaler Druck gerade jetzt nützlich, weil er die inneren Widerstände gegen die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal brechen hilft. Indem die neue serbische Regierung dieses empfindliche Kapitel so schnell wie möglich schließt, wird sie günstigere Voraussetzungen für eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Westen schaffen.
- ▶ Schritte zu unternehmen, die den Eindruck erwecken, als solle die faktische Unabhängigkeit des Kosovo durchgesetzt werden. Ohnehin ist in Serbien die Sorge weit verbreitet, daß die momentane Schwäche Serbiens von bestimmten Kräften – vor allem in den USA – ausgenutzt werden könnte, um die Unabhängigkeit des Kosovo kurzerhand zur vollendeten Tatsache zu machen.
- ▶ Eine weitere Einschränkung der Reisefreiheit der Bürger Serbiens und Montenegros hinzunehmen oder gar zu fördern und somit den Anschein einer vorbeugenden Isolierung Belgrads zu erwecken. Ungarn hat im Rahmen seiner Bemühungen, die nationalen Grenzkontrollen an die Erfordernisse der künftigen EU-Mitgliedschaft anzupassen, die Einführung der Visapflicht für Serbien und Montenegro für die nächsten Wochen angekündigt. Rumänien und Bulgarien werden nicht umhinkönnen, zum gegebenen Zeitpunkt nachzuziehen. Indes könnte die EU ein sehr

wichtiges symbolisches Zeichen setzen, wenn sich ihre Mitglieder dazu entschließen, die Visapflicht für Serbien aufzuheben, als Ausdruck der Anerkennung der Zugehörigkeit Serbiens und Montenegros zu Europa.

Zu den **stabilisierenden Maßnahmen**, die verstärkt werden sollten, gehören:

- ▶ Die Ausweitung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe. Ein geeignetes Mittel ist die Umwandlung der zur Zeit nur vorläufig agierenden *European Agency for Reconstruction* in eine langfristig angelegte *European Agency for Development in South-East Europe (EAD)*. Diese Einrichtung könnte eine Art von Mini-Marshallplan für die Region ausarbeiten und umsetzen.
- ▶ Die Herstellung eines günstigen politischen Umfelds, um die festgefahrenen Umschuldungsgespräche Belgrads mit dem Londoner Club der kommerziellen Gläubiger über etwa 2,4 Milliarden US-Dollar voranzutreiben.
- ▶ Einflußnahme auf die Nachbarstaaten Serbiens, um Bestrebungen vorzubeugen, unter Verweis auf die eingetretene Krise die regionale Zusammenarbeit einzuschränken, die vor allem durch den Stabilitätspakt für Südosteuropa intensiviert wurde. Zweifelsohne ist aber das langfristig wichtigste Mittel die Beschleunigung der Gespräche zwischen der EU und Belgrad über ein vorgezogenes Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Erst durch die Festlegung von beiderseitigen Verpflichtungen wird die Perspektive der EU-Mitgliedschaft für die Menschen in Serbien und Montenegro glaubwürdig erscheinen. Dies könnte die pro-europäischen politischen Kräfte entscheidend stärken.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org